

Soziales, Sicherheit

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2023 bei 16,6 % und damit etwas niedriger als in den Jahren 2020 bis 2022 (Deutschland: 16,6 %).
- Im Dezember 2023 lebten in Niedersachsen knapp 563.300 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, fast genauso viele wie im Vorjahresmonat (Deutschland: +1,0 % auf 5,72 Millionen).
- Die Polizei registrierte 2023 in Niedersachsen rund 553.000 Straftaten und damit 5,6 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: +5,5 %).
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr stieg in Niedersachsen 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 % auf rund 41.800 Personen (Deutschland: +1,5 %).

Wichtige Ergebnisse

Armutsgefährdung 2023 in Niedersachsen leicht zurückgegangen

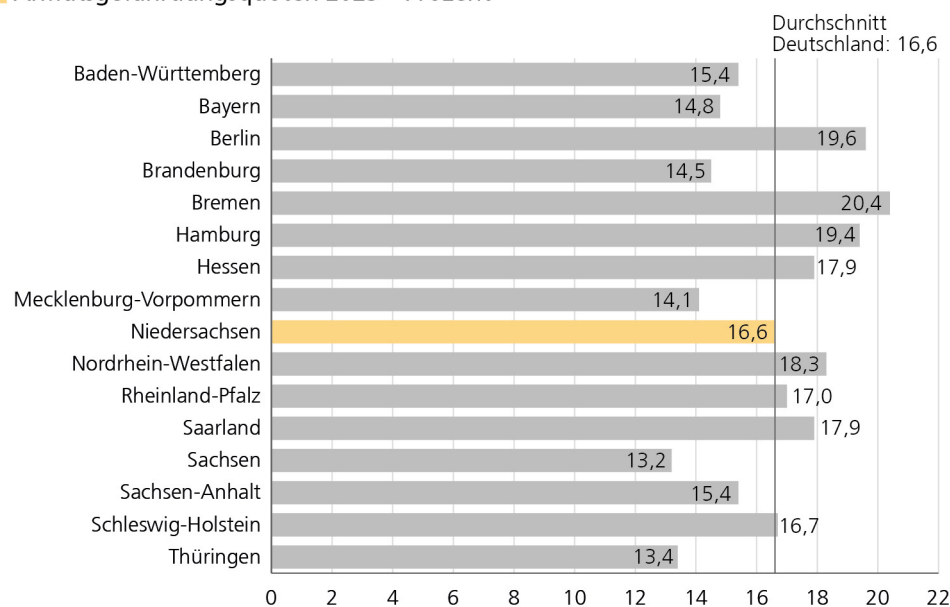
Armutsgefährdungsquote

T66

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2023 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1.231 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.585 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1.600 Euro.

2023 galten in Niedersachsen 1,34 Millionen Menschen als armutsgefährdet, was einer Armutsgefährdungsquote von 16,6 % entsprach. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich somit die Quote um 0,5 Prozentpunkte, nachdem sie in den Jahren 2020 bis 2022 bei 17,0 % und 17,1 % verharrte. Auf Länderebene fiel die Armutsgefährdungsquote 2023 in Sachsen mit 13,2 % am niedrigsten und in den Stadtstaaten Bremen (20,4 %), Berlin (19,6 %) und Hamburg (19,4 %) am höchsten aus (Durchschnitt aller Länder: 16,6 %).

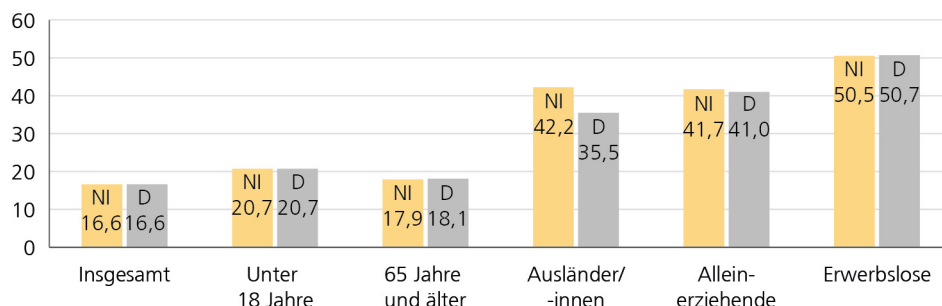
■ Armutsgefährdungsquoten 2023 – Prozent –



Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren zwar auch 2023 übermäßig von Armutsgefährdung betroffen, ihr Anteil verringerte sich in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr allerdings etwas stärker als der Durchschnitt um 1,7 Prozentpunkte auf 20,7 %. Die Quoten reichten von jeweils 16,2 % in Bayern, Sachsen und Thüringen bis 30,5 % in Bremen. Die Armutsgefährdung im Alter ab 65 Jahren lag mit 17,9 % etwa auf dem Vorjahresniveau (Deutschland: +0,6 Prozentpunkte auf 18,1 %).

Nach wie vor waren auch 2023 Alleinerziehendenhaushalte besonders stark armutsgefährdet. In Niedersachsen lag die Quote bei 41,7 % (Deutschland: 41,0 %). Ähnlich hoch (42,2 %) fiel die Armutsgefährdungsquote bei den Ausländerinnen und Ausländern aus (Deutschland: 35,5 %). Unter den Erwerbslosen war 2023 jede zweite Person in Niedersachsen (50,5 %) und Deutschland insgesamt (50,7 %) armutsgefährdet.

■ **Armutsgefährdungsquoten 2023 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent –**



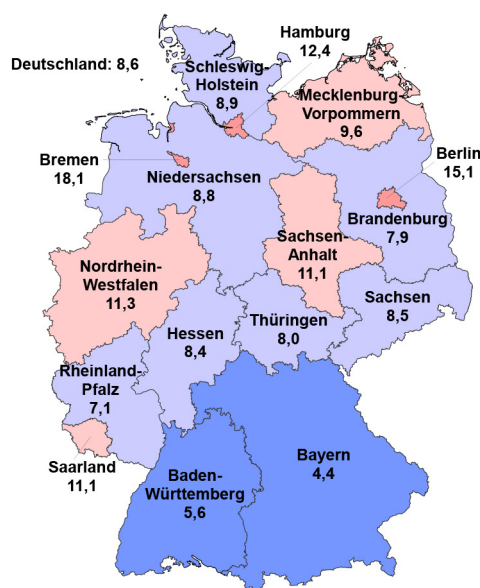
Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften
T67

Zahl der SGB II-Beziehenden auf Vorjahresniveau

Im Dezember 2023 lebten in Niedersachsen insgesamt knapp 563.300 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also Haushalten mit Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld. Das waren fast genauso viele wie im Vorjahresmonat (-89 Personen). Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl um 1,0 % leicht an auf 5,72 Millionen. Die Veränderungsspanne reichte von -2,1 % in Sachsen-Anhalt bis +3,4 % in Baden-Württemberg.

Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezember 2023 wie schon im Vorjahresmonat bei 8,8 % (Deutschland +0,1 Prozentpunkte auf 8,6 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung verringerte sich im selben Zeitraum um 0,4 Prozentpunkte auf 13,8 % (Deutschland: -0,2 Prozentpunkte auf 13,4 %).

■ **Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohnerinnen und Einwohner 2023 – Anzahl –**



Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2022 deutlich erhöht

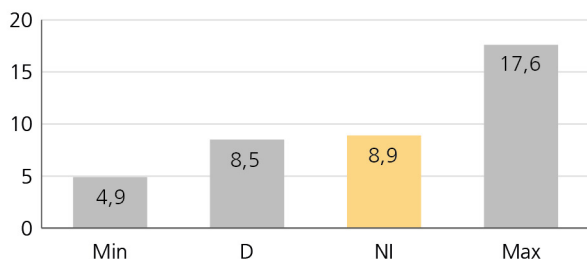
Soziale Mindestsicherung

T68

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld; ab 2023 Bürgergeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. Nach einem historischen Tiefstand Ende 2021 stieg die Zahl der Menschen in Niedersachsen, die auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen waren, bis Ende 2022 deutlich an – um etwa ein Zehntel (+10,1 %) auf knapp 721.600 Personen (Deutschland: +8,7 %). Diese Entwicklung ist vor allem auf die hohe Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen. Daraus folgte in Niedersachsen ein Anstieg der Mindestsicherungsquote um 0,7 Prozentpunkte auf 8,9 %. Deutschlandweit stieg die Quote binnen eines Jahres um 0,5 Prozentpunkte auf 8,5 % zum Ende des Jahres 2022. Die Spannweite der Mindestsicherungsquote reichte in den Ländern von 4,9 % in Bayern bis 17,6 % in Bremen.

■ Mindestsicherungsquote (Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung je Einwohnerin und Einwohner 31.12.) 2022 – Prozent –



Für 2023 zeigte sich für Niedersachsen ein weiterer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % auf rund 726.400 Beziehende. Für die übrigen Länder lagen bei Redaktionsschluss noch keine Zahlen vor.

Deutlicher Anstieg der Verbraucherinsolvenzen 2023

Verbraucherinsolvenzen

T69

Im Jahr 2023 gab es in Niedersachsen mehr als 10.000 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2022 einem Anstieg um 5,2 % entsprach. Bundesweit stieg die Zahl hingegen nur leicht (+0,7 %). Die Quote der Verbraucherinsolvenzen bezogen auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner fällt in Niedersachsen generell deutlich höher aus als im Bundesdurchschnitt. Je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es 2023 in Niedersachsen 12,3 Insolvenzen; das war hinter Bremen (14,4) abermals der zweithöchste Wert im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: 7,9).

Stark steigende Zahl der pflegebedürftigen Bevölkerung

Pflegebedürftige

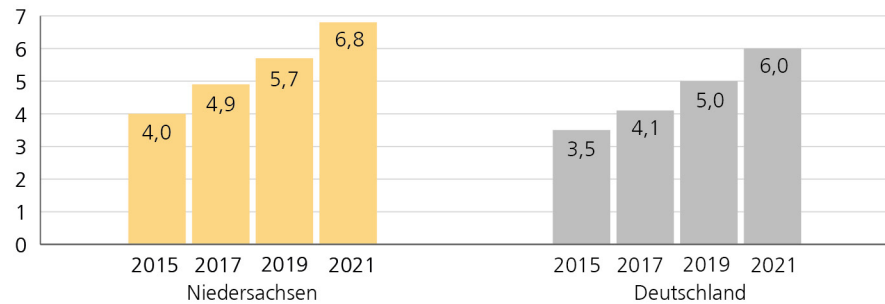
T70

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Im Jahr 2021 waren in Niedersachsen rund 542.900 Menschen pflegebedürftig. Das waren knapp ein Fünftel mehr als 2019 (+19,0 %; zweijährliche Statistik). Bundesweit stieg die Zahl im selben Zeitraum ähnlich stark (+20,2 %) auf fast 5 Mio. Pflegebedürftige.

In Niedersachsen wurde 2021 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,4 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,5 %), etwa ein Fünftel (20,4 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 21,1 %) und 17,3 % wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt (Deutschland: 16,0 %).

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern
2015, 2017, 2019 und 2021 – Prozent –



Pflegequote T70

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2021 gegenüber 2019 in Niedersachsen um 1,1 Prozentpunkte auf 6,8 % (2015: 4,0 %). Nach dem Saarland (7,2 %) verzeichnete Niedersachsen damit die zweithöchste Pflegequote unter den westdeutschen Ländern, während die Quoten in den ostdeutschen Flächenländern noch etwas höher ausfielen (7,3 % bis 7,9 %). Zu erklären ist dies vor allem mit der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Den niedrigsten Wert wies 2021 Bayern mit einer Quote von 4,4 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 6,0 %.

Schwangerschaftsabbrüche T72

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf Vorjahresniveau

Bei Frauen aus Niedersachsen wurden 2023 mit 8.975 Schwangerschaftsabbrüchen fast exakt so viele vorgenommen wie im Vorjahr (-1). Bundesweit stieg die Zahl im gleichen Zeitraum um 2,2 % auf rund 106.200. Bei unter 18-Jährigen gab es 2023 in Niedersachsen 243 Schwangerschaftsabbrüche, was einem Anteil von 2,7 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,7 %).

Bezogen auf 1.000 Geborene erhöhte sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um 8 auf 133 Schwangerschaftsabbrüche, da die Zahl der Geburten rückläufig war; 5 Jahre zuvor waren es 112. Bundesweit wurden 153 Abbrüche je 1.000 Geborene vorgenommen, 13 mehr als 2022. Die Spanne dieser Kennziffer reichte von 111 in Bayern bis 272 in Berlin. Wie in den Vorjahren wurde gut jeder 5. Eingriff (21,2 %) von Frauen aus Niedersachsen in einem anderen Bundesland vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. Eingriff (7,9 %).

Straftaten T73

Zahl der Straftaten weiter ansteigend – Wohnungseinbruchdiebstähle nahmen ebenfalls wieder zu

Die Polizei registrierte 2023 in Niedersachsen rund 553.200 Straftaten und damit 5,6 % mehr als im Vorjahr. Bundesweit war der Anstieg ähnlich hoch (+5,5 %), die Zahl der Straftaten belief sich auf 5,94 Mio. Auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen knapp 6.800 Straftaten und damit weiterhin weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (gut 7.000). Die Aufklärungsquote vergrößerte sich in Niedersachsen 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte auf 62,5 % und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 58,4 %. In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen deutlich am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit unter 50 % am niedrigsten.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS

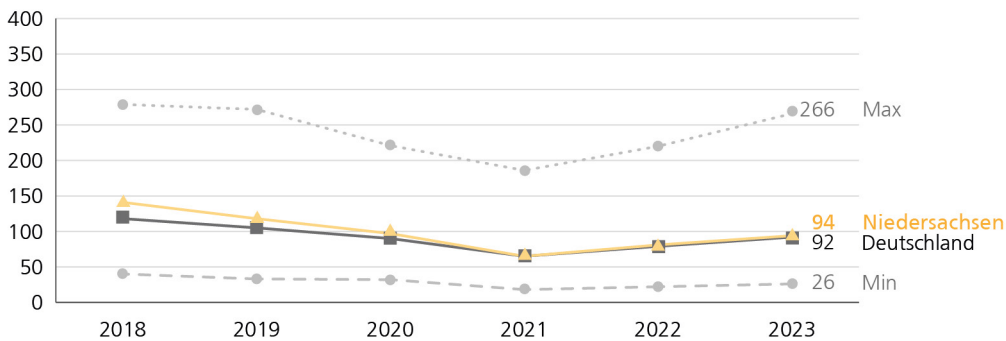
werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt wurden 2023 in Niedersachsen 7.646 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Das waren 17,5 % mehr als im Jahr davor (2022: 6.510). Allerdings lag die Zahl damit noch deutlich unter dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 (9.456 Fälle). Deutschlandweit stieg die Zahl der Einbrüche 2023 mit einem Plus von 18,1 % gegenüber dem Vorjahr noch etwas mehr an auf rund 77.800.

Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 bis 2023 – Anzahl –



Auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2023 in Niedersachsen 94 Wohnungseinbruchdiebstähle und in Deutschland 92 (Vorjahr 81 und 79). Am höchsten waren die Werte 2023 in den Stadtstaaten Bremen (266), Berlin (222) und Hamburg (163), am niedrigsten in Bayern (26) und Baden-Württemberg (46).

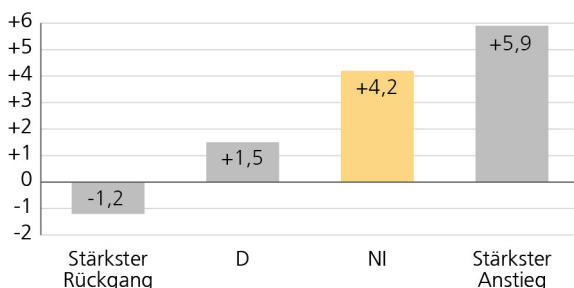
Straßenverkehrsunfälle: 4,2 % mehr Verunglückte als im Vorjahr

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 % auf rund 41.800 gestiegen. Bundesweit verunglückten rund 369.400 Personen und damit 1,5 % mehr als 2022. Im mittelfristigen Vergleich zu 2018 nahm die Zahl der Verunglückten jedoch ab, um 2,3 % in Niedersachsen und 7,5 % in Deutschland insgesamt.

Verunglückte im Straßenverkehr

T74

Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2023 gegenüber 2022 – Prozent –



Fahrradfahrende (einschließlich Pedelecs) machten etwa ein Viertel der Verunglückten in Niedersachsen aus (25,5 %). Ihre Zahl verringerte sich leicht gegenüber dem Vorjahr auf rund 10.700 Personen (Deutschland: 94.960). Bei den Elektrokleinstfahrzeugen, wozu vor allem die seit 2019 zugelassenen E-Scooter gehören, registrierte die Polizei 2023 in Deutschland insgesamt 8.425 (Vorjahr: 7.427) Verunglückte. In Niedersachsen verunglückten 906 Personen mit Elektrokleinstfahrzeugen, womit sich die Zahl binnen zwei Jahren mehr als verdoppelte (2022: 737, 2021: 442).

Je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2023 insgesamt 513 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Bremen (515) und Schleswig-Holstein (520) fiel der Wert noch etwas höher aus (Deutschland: 438). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl in Niedersachsen um 13, mittelfristig gegenüber 2018 verringerte sie sich jedoch um 23 (Deutschland +1 bzw. -43).

Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2023 in Niedersachsen mit insgesamt 423 Opfern um 14,3 % (2022: 370) höher als im Vorjahr. Bundesweit verunglückten 2.839 Menschen tödlich, das waren 1,8 % mehr als 2022.

Informationen:

Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Daten und Fakten > Gesellschaft und Staat: Soziales > [Sozialberichterstattung](#)

SGB II-Leistungen:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) > Produkte > Personen/Bedarfsgemeinschaften > [Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder \(Monatszahlen\)/Kinder in Bedarfsgemeinschaften \(Monatszahlen\)](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verbraucherinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Branchen und Unternehmen: Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 52 Unternehmen und Arbeitsstätten: [52411 Statistik über beantragte Insolvenzverfahren](#) (übrige Schuldner: Verbraucher)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > Statistische Berichte > [D III 1 Insolvenzverfahren](#)

Pflegebedürftige:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > Pflege > Publikationen > [Pflegebedürftige, Ländervergleich](#)

Vorläufige Schutzmaßnahmen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 22 Öffentliche Sozialleistungen: [22523 Vorläufige Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themen > Soziales > Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen > [Erzieherische Hilfen, Adoptionen, Pflegeschafte, vorl. Schutzmaßnahmen und Gefährdungseinschätzungen](#)

Schwangerschaftsabbrüche:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Menü > Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > [Schwangerschaftsabbrüche](#) > Publikationen

Straftaten:

- Bundeskriminalamt (BKA): Aktuelle Informationen > Statistiken und Lagebilder > Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) > PKS 2023 > PKS-Tabellen > Räumliche Gliederung > Tabellen auf Länderebene > [Falltabellen](#) > T01 Grundtabelle – Fälle – Länder (V1.0)
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Aktuelles > Presseinformationen > Presseinformation vom 11.3.2024: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 und Befragung zur Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen: Mehr Straftaten bei gleichzeitig gestiegener Aufklärungsquote](#)

Verunglückte im Straßenverkehr:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Verkehrsunfälle > Publikationen > Verkehrsunfälle jährlich > [Statistischer Bericht – Verkehrsunfälle Zeitreihen 2014–2023](#) (Tab. 46241-03 sowie 46241-10/-11/-12)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal): Produkte > Karten > [Unfallatlas](#)
- LSN: Themen > Verkehrsunfälle und Verkehr > Straßenverkehrsunfälle in Niedersachsen > Tabellen > [Straßenverkehrsunfallstatistik](#)

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		In der Altersgruppe			Von Ausländern/-innen	Von Allein-erziehenden	Von Erwerbs-losen	Armutsge-fährdungs-schwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armuts-gefährdungsquoten	
			unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter						2023/2018	2023/2022
	2018 ²⁾	2022 ³⁾	2023 ⁴⁾								
								%	€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	15,2	15,8	15,4	18,7	19,0	30,0	43,4	47,5	1.308	[x]	-0,4
Bayern	14,5	15,1	14,8	16,2	21,4	27,3	36,8	43,7	1.322	[x]	-0,3
Berlin	16,5	18,7	19,6	23,6	19,3	32,7	33,2	49,3	1.239	[x]	+0,9
Brandenburg	13,1	13,9	14,5	16,7	13,7	40,7	38,3	48,8	1.232	[x]	+0,6
Bremen	17,6	20,0	20,4	30,5	15,9	38,8	42,0	45,4	1.070	[x]	+0,4
Hamburg	18,4	20,6	19,4	24,6	20,7	38,3	43,3	50,1	1.267	[x]	-1,2
Hessen	16,9	18,3	17,9	23,8	19,1	35,0	45,0	50,4	1.269	[x]	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	14,2	14,3	14,1	16,4	11,8	42,0	36,3	57,7	1.151	[x]	-0,2
Niedersachsen	15,0	17,1	16,6	20,7	17,9	42,2	41,7	50,5	1.231	[x]	-0,5
Nordrhein-Westfalen	16,6	18,7	18,3	24,6	18,6	40,5	45,7	50,6	1.233	[x]	-0,4
Rheinland-Pfalz	16,5	17,4	17,0	23,8	19,5	39,1	46,0	44,1	1.247	[x]	-0,4
Saarland	16,0	17,4	17,9	26,0	19,0	41,3	41,9	(52,6)	1.194	[x]	+0,5
Sachsen	12,3	12,7	13,2	16,2	10,5	45,6	34,5	62,5	1.141	[x]	+0,5
Sachsen-Anhalt	14,0	15,0	15,4	20,1	12,1	52,8	33,1	62,8	1.137	[x]	+0,4
Schleswig-Holstein	15,9	16,5	16,7	21,4	16,0	40,9	39,2	46,3	1.247	[x]	+0,2
Thüringen	11,9	13,7	13,4	16,2	11,0	43,0	34,2	64,1	1.144	[x]	-0,3
Deutschland	15,5	16,8	16,6	20,7	18,1	35,5	41,0	50,7	1.247	[x]	-0,2

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2018 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.

3) Endergebnis 2022; Die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.

4) Erstergebnis 2023 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

Quelle: Mikrozensus

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minder-jähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023		2023/2018	2023/2022
	Anzahl								%	
Baden-Württemberg	452.779	493.127	509.884	18.093	5,1	5,4	5,6	9,0	+12,6	+3,4
Bayern	422.287	456.696	469.508	20.319	4,0	4,3	4,4	7,0	+11,2	+2,8
Berlin	513.489	468.325	468.643	12.006	17,3	15,2	15,1	23,9	-8,7	+0,1
Brandenburg	183.316	154.017	154.151	7.080	9,6	7,9	7,9	11,1	-15,9	+0,1
Bremen	101.818	99.513	100.336	3.908	18,7	18,2	18,1	30,1	-1,5	+0,8
Hamburg	187.270	193.620	196.318	6.519	12,4	12,3	12,4	20,0	+4,8	+1,4
Hessen	426.648	424.227	429.548	14.353	8,5	8,3	8,4	13,7	+0,7	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	141.578	117.173	116.399	5.645	11,5	9,6	9,6	13,6	-17,8	-0,7
Niedersachsen	580.406	563.377	563.288	22.688	9,2	8,8	8,8	13,8	-2,9	-0,0
Nordrhein-Westfalen	1.669.437	1.624.399	1.631.609	54.499	11,7	11,2	11,3	17,7	-2,3	+0,4
Rheinland-Pfalz	232.071	229.199	233.136	10.456	7,2	7,0	7,1	11,5	+0,5	+1,7
Saarland	86.762	83.584	84.017	2.775	11,4	11,0	11,1	18,4	-3,2	+0,5
Sachsen	287.358	254.174	259.875	10.425	9,4	8,3	8,5	11,8	-9,6	+2,2
Sachsen-Anhalt	217.573	182.412	178.640	8.384	13,2	11,3	11,1	16,2	-17,9	-2,1
Schleswig-Holstein	221.377	201.620	204.376	6.969	9,8	8,8	8,9	14,0	-7,7	+1,4
Thüringen	141.065	123.206	125.006	5.764	8,8	7,8	8,0	12,0	-11,4	+1,5
Deutschland	5.865.234	5.668.669	5.724.734	209.883	8,9	8,5	8,6	13,4	-2,4	+1,0

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2022.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung SGB II, März 2024; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2024

68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)						Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt		männlich	weiblich				
	2017	2021 ²⁾	2022	2017	2021	2022		2022/2017	2022/2021		
	Anzahl			%							
Baden-Württemberg	621.914	563.455	655.707	5,6	5,1	5,8	5,7	5,9	+5,4	+16,4	
Bayern	637.584	564.484	658.509	4,9	4,3	4,9	4,9	5,0	+3,3	+16,7	
Berlin	640.317	573.151	578.227	17,7	15,6	15,4	16,0	14,8	-9,7	+0,9	
Brandenburg	236.246	180.166	194.149	9,4	7,1	7,5	8,0	7,1	-17,8	+7,8	
Bremen	122.364	115.524	120.296	18,0	17,1	17,6	17,5	17,6	-1,7	+4,1	
Hamburg	244.574	235.702	252.297	13,4	12,7	13,3	13,4	13,2	+3,2	+7,0	
Hessen	566.891	514.374	558.582	9,1	8,2	8,7	8,7	8,8	-1,5	+8,6	
Mecklenburg-Vorpommern	179.046	131.691	142.807	11,1	8,2	8,8	9,5	8,1	-20,2	+8,4	
Niedersachsen	746.929	655.534	721.570	9,4	8,2	8,9	8,8	8,9	-3,4	+10,1	
Nordrhein-Westfalen	2.104.467	1.880.999	1.997.409	11,7	10,5	11,0	11,0	11,0	-5,1	+6,2	
Rheinland-Pfalz	301.887	266.542	291.783	7,4	6,5	7,0	6,9	7,1	-3,3	+9,5	
Saarland	106.452	94.065	102.351	10,7	9,6	10,3	10,5	10,2	-3,9	+8,8	
Sachsen	356.724	274.866	307.105	8,7	6,8	7,5	7,9	7,2	-13,9	+11,7	
Sachsen-Anhalt	261.350	193.378	211.878	11,8	8,9	9,7	10,3	9,1	-18,9	+9,6	
Schleswig-Holstein	287.777	247.773	260.279	10,0	8,5	8,8	9,0	8,7	-9,6	+5,0	
Thüringen	173.020	131.226	148.676	8,0	6,2	7,0	7,3	6,7	-14,1	+13,3	
Deutschland	7.587.542	6.622.940	7.201.635	9,2	8,0	8,5	8,6	8,5	-5,1	+8,7	

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (Ser-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

2) Untererfassung in Brandenburg in Höhe von ca. 3.500 Personen.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	5.694	5.640	5.865	5,2	5,0	5,2	+3,0	+4,0
Bayern	6.552	5.618	5.747	5,0	4,2	4,3	-12,3	+2,3
Berlin	3.168	3.251	3.055	8,7	8,7	8,1	-3,6	-6,0
Brandenburg	2.535	2.334	2.321	10,1	9,1	9,0	-8,4	-0,6
Bremen	996	997	992	14,6	14,7	14,4	-0,4	-0,5
Hamburg	1.760	2.085	2.125	9,6	11,1	11,2	+20,7	+1,9
Hessen	3.984	4.589	4.275	6,4	7,2	6,7	+7,3	-6,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.674	1.679	1.719	10,4	10,3	10,6	+2,7	+2,4
Niedersachsen	9.698	9.538	10.031	12,2	11,8	12,3	+3,4	+5,2
Nordrhein-Westfalen	17.382	17.174	17.186	9,7	9,5	9,5	-1,1	+0,1
Rheinland-Pfalz	2.858	2.923	2.801	7,0	7,0	6,7	-2,0	-4,2
Saarland	1.132	1.045	1.135	11,4	10,6	11,4	+0,3	+8,6
Sachsen	3.173	3.029	2.944	7,8	7,4	7,2	-7,2	-2,8
Sachsen-Anhalt	2.309	2.138	2.147	10,4	9,8	9,8	-7,0	+0,4
Schleswig-Holstein	3.087	2.938	3.068	10,7	10,0	10,4	-0,6	+4,4
Thüringen	1.595	1.450	1.476	7,4	6,8	6,9	-7,5	+1,8
Deutschland	67.597	66.428	66.887	8,2	7,9	7,9	-1,1	+0,7

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2015	2019	2021		2015	2019	2021	2021/2015	2021/2019
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	328.297	471.913	540.401	61,6	3,0	4,3	4,9	+64,6	+14,5
Bayern	348.253	491.996	578.147	62,0	2,7	3,7	4,4	+66,0	+17,5
Berlin	116.424	158.482	185.528	61,2	3,3	4,3	5,0	+59,4	+17,1
Brandenburg	111.595	153.971	184.646	61,1	4,5	6,1	7,3	+65,5	+19,9
Bremen	24.787	34.576	42.048	62,9	3,7	5,1	6,2	+69,6	+21,6
Hamburg	52.649	77.325	90.288	61,4	2,9	4,2	4,9	+71,5	+16,8
Hessen	223.579	310.653	368.396	62,2	3,6	4,9	5,9	+64,8	+18,6
Mecklenburg-Vorpommern	79.145	102.996	122.866	61,0	4,9	6,4	7,6	+55,2	+19,3
Niedersachsen	317.568	456.255	542.904	61,8	4,0	5,7	6,8	+71,0	+19,0
Nordrhein-Westfalen	638.103	964.987	1.191.981	62,3	3,6	5,4	6,6	+86,8	+23,5
Rheinland-Pfalz	132.283	202.708	241.364	62,1	3,3	5,0	5,9	+82,5	+19,1
Saarland	37.991	55.318	70.556	62,9	3,8	5,6	7,2	+85,7	+27,5
Sachsen	166.792	250.812	310.674	62,4	4,1	6,2	7,7	+86,3	+23,9
Sachsen-Anhalt	99.119	129.672	166.348	62,1	4,4	5,9	7,7	+67,8	+28,3
Schleswig-Holstein	89.428	130.349	158.546	60,2	3,1	4,5	5,4	+77,3	+21,6
Thüringen	94.280	135.592	166.453	61,4	4,3	6,4	7,9	+76,6	+22,8
Deutschland	2.860.293	4.127.605	4.961.146	61,9	3,5	5,0	6,0	+73,4	+20,2

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ¹⁾			Schutzmaßnahmen je 10.000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	7.683	4.763	7.702	41	25	39	+0,2	+61,7
Bayern	4.421	4.159	4.917	21	19	22	+11,2	+18,2
Berlin	2.930	2.341	4.454	50	38	70	+52,0	+90,3
Brandenburg	2.312	1.827	2.177	60	45	52	-5,8	+19,2
Bremen	1.201	850	1.123	110	75	96	-6,5	+32,1
Hamburg	2.214	1.616	2.376	73	51	73	+7,3	+47,0
Hessen	4.491	4.214	6.483	43	39	59	+44,4	+53,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.592	1.225	1.432	66	50	56	-10,1	+16,9
Niedersachsen	5.321	4.583	5.518	40	34	40	+3,7	+20,4
Nordrhein-Westfalen	15.951	12.193	16.546	53	40	53	+3,7	+35,7
Rheinland-Pfalz	2.123	1.819	2.667	32	27	38	+25,6	+46,6
Saarland	580	673	457	40	46	30	-21,2	-32,1
Sachsen	4.197	2.515	4.186	66	39	63	-0,3	+66,4
Sachsen-Anhalt	1.266	1.362	1.700	39	42	51	+34,3	+24,8
Schleswig-Holstein	3.350	2.102	3.014	71	44	62	-10,0	+43,4
Thüringen	1.751	1.281	1.692	54	40	51	-3,4	+32,1
Deutschland	61.383	47.523	66.444	45	34	47	+8,2	+39,8

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Darunter im Wohnland	Häufigkeitszahl je 1.000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl		
	2018	2022	2023		2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022	
	Anzahl		%		Anzahl			%		
Baden-Württemberg	9.937	10.613	11.424		88,9	91	101	116	+27,2	+14,4
Bayern	11.868	12.406	12.947		93,2	93	99	111	+19,4	+11,8
Berlin	9.525	9.383	9.332		99,1	236	261	272	+15,3	+4,1
Brandenburg	3.416	3.113	3.341		84,5	171	178	209	+22,2	+17,6
Bremen	1.457	1.614	1.540		90,7	203	238	232	+14,5	-2,6
Hamburg	3.372	3.465	2.930		97,3	159	181	160	+0,4	-11,7
Hessen	8.374	8.534	8.994		96,7	137	148	167	+21,9	+12,6
Mecklenburg-Vorpommern	2.395	2.244	2.291		96,4	183	206	236	+28,8	+14,3
Niedersachsen	8.301	8.976	8.975		78,8	112	125	133	+18,5	+6,1
Nordrhein-Westfalen	21.378	22.558	23.246		98,1	123	136	149	+21,0	+9,0
Rheinland-Pfalz	3.726	3.707	4.006		60,8	99	100	116	+17,3	+15,1
Saarland	1.203	1.485	1.440		98,7	147	189	184	+25,4	-2,4
Sachsen	5.250	5.515	5.582		98,5	146	187	212	+45,7	+13,3
Sachsen-Anhalt	3.304	3.132	3.205		94,1	189	215	236	+24,8	+9,6
Schleswig-Holstein	3.329	3.533	3.504		95,1	131	147	157	+19,9	+7,1
Thüringen	3.070	3.034	3.005		93,1	175	214	231	+31,6	+8,0
Deutschland¹⁾	100.986	103.927	106.218		92,1	128	140	153	+19,5	+9,0

1) Inklusive nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt				Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt			
	erfasste Fälle		Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾	2023/2018	2023/2022		
	2018	2022	2023		2018	2022	2023	2023		
	Anzahl		%		Anzahl		%			
Baden-Württemberg	572.173	550.008	594.657		5,272	63,5	5.204	46	+3,9	+8,1
Bayern	635.421	619.089	651.519		4,873	68,7	3.436	26	+2,5	+5,2
Berlin	511.677	519.822	536.697		14,292	45,5	8.323	222	+4,9	+3,2
Brandenburg	172.828	170.204	186.242		7,238	57,8	2.999	117	+7,8	+9,4
Bremen	74.524	79.713	97.112		14,180	47,8	1.820	266	+30,3	+21,8
Hamburg	218.594	211.239	234.241		12,380	48,2	3.080	163	+7,2	+10,9
Hessen	372.798	368.579	397.512		6,220	63,2	5.206	81	+6,6	+7,8
Mecklenburg-Vorpommern	108.665	106.559	111.571		6,852	62,8	890	55	+2,7	+4,7
Niedersachsen	506.585	523.996	553.202		6,796	62,5	7.646	94	+9,2	+5,6
Nordrhein-Westfalen	1.282.441	1.366.601	1.412.806		7,789	54,2	27.061	149	+10,2	+3,4
Rheinland-Pfalz	244.468	241.779	255.972		6,154	64,5	2.689	65	+4,7	+5,9
Saarland	70.873	68.139	72.155		7,269	60,4	964	97	+1,8	+5,9
Sachsen	278.796	267.312	296.421		7,254	60,9	2.236	55	+6,3	+10,9
Sachsen-Anhalt	175.625	178.450	193.814		8,864	55,9	1.768	81	+10,4	+8,6
Schleswig-Holstein	186.894	221.183	196.289		6,646	55,9	3.271	111	+5,0	-11,3
Thüringen	143.158	135.911	150.457		7,074	61,9	1.226	58	+5,1	+10,7
Deutschland	5.555.520	5.628.584	5.940.667		7,042	58,4	77.819	92	+6,9	+5,5

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2022.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 12.3.2024

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100.000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	48.536	42.551	42.594	369	438	382	378	-12,2	+0,1
Bayern	70.919	62.300	62.858	499	542	473	470	-11,4	+0,9
Berlin	18.216	16.315	16.245	33	500	444	433	-10,8	-0,4
Brandenburg	11.849	10.682	11.056	108	472	421	430	-6,7	+3,5
Bremen	4.118	3.332	3.530	12	603	493	515	-14,3	+5,9
Hamburg	9.720	9.345	9.331	28	528	504	493	-4,0	-0,1
Hessen	28.547	24.967	25.429	188	456	397	398	-10,9	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	7.097	6.332	6.257	57	441	393	384	-11,8	-1,2
Niedersachsen	42.765	40.119	41.792	423	536	500	513	-2,3	+4,2
Nordrhein-Westfalen	80.095	78.391	79.622	450	447	437	439	-0,6	+1,6
Rheinland-Pfalz	19.553	17.388	17.583	134	479	423	423	-10,1	+1,1
Saarland	4.907	4.177	4.232	34	495	425	426	-13,8	+1,3
Sachsen	17.731	16.378	16.384	187	435	405	401	-7,6	+0,0
Sachsen-Anhalt	10.443	9.789	9.909	130	473	451	453	-5,1	+1,2
Schleswig-Holstein	16.036	14.676	15.355	90	554	502	520	-4,2	+4,6
Thüringen	8.761	7.180	7.219	97	409	340	339	-17,6	+0,5
Deutschland	399.293	363.922	369.396	2.839	481	437	438	-7,5	+1,5